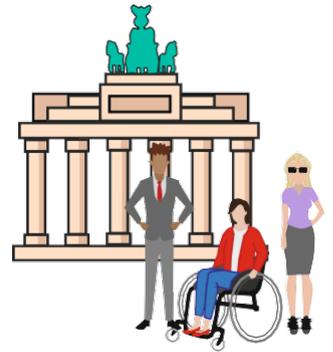


**Berlin inklusiv 2035 –
Strategie•konferenz
Inklusion, Selbst•bestimmung
und Ein•gliederungs•hilfe**

**Die Auftakt•veranstaltung
In einfacher Sprache**

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

in diesem Heft ist die Zusammenfassung der
Aufstartveranstaltung **Berlin inklusiv 2035 - Strategiekonferenz
Inklusion, Selbstbestimmung und Eingliederungshilfe.**



Das Heft ist in einfacher Sprache.
Dann können mehr Menschen den Text verstehen.
Schwere Wörter und Fachbegriffe sind **blau**.
Sie werden erklärt.

In diesem Heft stehen nur Wörter für Männer.
Dann kann man den Text leichter lesen.
Es sind aber alle Menschen gemeint.

In dem Heft gibt es Abschnitte.
Diese heißen Kapitel.
Die Kapitel helfen dabei sich in dem Heft zurecht zu finden.

Impressum

Layout und Grafiken

LWB - Lichtenberger Werkstätten gGmbH
Abteilung Medien und Kommunikation
Bornitzstraße 61, 10365 Berlin
Tel.: 030 55 77 93 268
Email: medien[at]lwb.berlin

Übersetzung

Beatrix Babenschneider
Juliane Kießling

Bildrechte

Holger Groß Photographien, Berlin

Inhalt

■ Kapitel 1

- Seite 4 Einleitung
- Seite 5 Grußworte von Frau Senatorin Cansel Kiziltepe
- Seite 8 Grußworte von Frau Kathrin Geyer

■ Kapitel 2

- Seite 11 Professor Dr. Johannes Schädler
- Seite 12 Vortrag Berlin Inklusiv –
Herausforderungen und Chancen von einem
gemeinsamen politischen Lern•prozess

■ Kapitel 3

- Seite 14 Fach•forum 1 Inklusive Lebens•welten 2035
- Seite 17 Fach•forum 1 Inklusive Lebens•welten 2035

■ Kapitel 4

- Seite 18 Fach•forum 2 Inklusive Arbeits•welt

■ Kapitel 5

- Seite 20 Fach•forum 3 Gewaltschutz –
vom Konzept zur Anwendung

■ Kapitel 6

- Seite 24 Fach•forum 4 Beteiligung in
der inklusiven Jugend•hilfe

■ Kapitel 7

- Seite 30 Robert Bacher, Fonds Soziales Wien
- Seite 31 Vortrag Gestaltung von Beteiligungs•prozessen
am Beispiel Wien: Inklusives Wien 2030 –
eine Stadt für alle

■ Kapitel 8

- Seite 24 Abschluss•worte und Ausblick

Kapitel 1 Einleitung

Die Auftakt•veranstaltung

Berlin inklusiv 2035 – Strategie•konferenz Inklusion, Selbst•bestimmung und Eingliederungs•hilfe

Ein **inklusives Berlin** –

das ist der Wunsch von Berlin für das Jahr 2035.

Ziel ist, eine gleich•berechtigte und wirkliche Teilhabe in allen Bereichen zu schaffen.

Gleiche Möglichkeiten, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Die Senats•verwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Anti•diskriminierung ist der Veranstalter.

Die **Abkürzung** für diese Senats•verwaltung ist **SenASGIVA**.

Wir sagen nur Senats•verwaltung.

Gemeinsam mit den Gästen wurden Ideen gesammelt.

Es wurden **Schwerpunkte** für die verschiedenen Bereiche fest•gelegt.

Die Bereiche sind:

- Inklusion
- Selbst•bestimmung
- Eingliederungs•hilfe

Die Veranstaltung ging 2 Tage.

Es haben sich rund 180 Personen aktiv beteiligt.

Es gab 4 Fach•foren mit den **Themen**:

- Inklusive Lebenswelten 2035,
- Inklusive Arbeitswelt,
- Gewaltschutz – vom Konzept zur Anwendung
- und Beteiligung in der inklusiven Jugendhilfe.

Es wurden Ideen und Ziele für die Themen•bereiche gesammelt.

Es wurden Ideen für die Umsetzung und Mitarbeit an dem Prozess gesammelt.



Kapitel 1 Grußworte von Frau Senatorin Cansel Kiziltepe

Sie ist Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Anti-diskriminierung.
Sie hat die Gäste begrüßt.



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zur Eröffnung der Strategie-konferenz.

Die Konferenz heißt **Berlin inklusiv 2035**.

Die Konferenz ist ein wichtiger Start
zu einer inklusiven Hauptstadt.

Unsere Ziele sind klar.

Bis 2035 soll Berlin zu einer inklusiven Hauptstadt werden.

Das bedeutet für uns:

Wir wollen gleich-berechtigte und wirkliche Teilhabe
in allen Bereichen schaffen.

Auch für Schulen, Ausbildungs-orte, Freizeit-angebote
und barriere-freie Beratungs-angebote.

Die **Grundlage** dafür bilden:

- die UN-Behinderten-rechts-konvention,
- das Bundes-teilhabe-gesetz
- und die Gesetze der Bundesländer.

Zum Beispiel das Landes-gleich-berechtigungs-gesetz
oder das Berliner Teilhabe-gesetz.

Wir wollen das gemeinsam schaffen.

Wir wollen zusammen:

- gute Ausbildungs-plätze und gute Arbeits-plätze schaffen,
- barriere-freie Wohn-häuser,
- und inklusive Unterstützungs-angebote schaffen.

Dazu müssen wir uns mit den Problemen beschäftigen.
Wie zum Beispiel Fachkräfte•mangel und
bezahl•bare Wohnungen.

Wir wollen mit Ihnen darüber sprechen.
Wir wollen die Meinungen der Experten hören.
Wir wollen die Ideen und Meinungen aufschreiben.
Dann können wir diese gut umsetzen.

Der Start der Konferenz ist wichtig.
Damit Berlin inklusiver wird.
Am Ende der Konferenz wollen wir wissen, was wir dafür brauchen.
Und wie das Abgeordneten•haus unsere Ideen umsetzen kann.

Wir wissen, das ist **nicht** einfach.
Es gibt viele politische Heraus•forderungen.
Und viele Heraus•forderungen in der Gesellschaft.

Es sollen sich trotzdem viele Menschen beteiligen.
Wir wissen, das klappt **nicht** immer.
Und es wird auch in der Zukunft **nicht** immer klappen.
Darum wollen wir besprechen, wie wir weitermachen.
Und aus den Problemen lernen.

Es sind viele Menschen beteiligt.
Verbände, Verwaltungen, Interessen•vertretungen
und die Senats•verwaltung.
Wir brauchen darum einen guten Weg
für eine gute Zusammen•arbeit.
Für uns ist gegenseitiges Vertrauen wichtig.
Dann können wir **erfolgreich Zusammen•arbeiten**.

Wir brauchen Ihr Fachwissen.

Wir fordern Sie auf:

Machen Sie mit und bringen Sie sich ein!

Unser gemeinsames Ziel für Menschen mit Behinderung umzusetzen.

Ihre Rechte auf ein selbstbestimmtes Leben zu verwirklichen.

Und auf Inklusion in die Gemeinschaft.

Zum Schluss möchte ich einen Wunsch äußern:

Nutzen Sie diese Konferenz.

Beginnen Sie heute diesen Prozess.

Und gestalten die Veranstaltung unter dem Titel

Berlin inklusiv 2035 mit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Und wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Veranstaltung.

Kapitel 1 Grußworte von Frau Kathrin Geyer

Sie ist die Vorsitzende vom Landes•beirat für Menschen mit Behinderungen.

Sie hat die Gäste begrüßt.

Sehr geehrte Damen und Herren der Strategie•konferenz,

ich begrüße Sie und die Gäste ganz herzlich.

Besonders Frau Senatorin Kiziltepe.

Geplant war die Konferenz vor Jahren.

Sie sollte also wichtig werden.

Im **Koalitions•vertrag** 2021 und 2022 heißt es:

Die Regierung beginnt den Prozess der Strategie•konferenz für Inklusion, Selbst•vertretung und Ein•gliederung schnell. Sie prüft eine un•abhängige Schlichtungs•stelle bei der Planung einzurichten.

Darüber hat sich der Landes•beirat sehr gefreut.

Wir verbinden damit die gesetzliche Beteiligung

aus dem neuen **Landes•gleich•berechtigungs•gesetz**.

Es gibt auch Erwartungen vom

Aus•schuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen.

Dieser hat Deutschland zur Umsetzung der UN-BRK überprüft.

Die Überprüfung war am 3.Oktober 2023.

Der Aus•schuss fordert die Verbesserung

und die Ver•einheitlichung der Beteiligungs•rechte.



Ein **Koalitions•vertrag** ist ein Vertrag zur Bildung einer Regierung.

Menschen mit Behinderungen sollen **aktiv** mit einbezogen werden.

Dafür braucht es:

- einheitliche Verfahren,
- viel Zeit
- und Zugang zu Dokumenten.

Nur dann ist eine inklusive Beteiligung möglich.

Die Vorbereitung der Strategie•konferenz war schwierig.

Bei der Erstellung der Einladung hatten wir andere Erwartungen.

Wir sind das oberstes Beratungs•gremium der Zivil•gesellschaft für Menschen mit Behinderungen.

Wir hätten eine Einladung über die Geschäfts•stelle bekommen müssen.

In der Einladung hätte stehen sollen, dass wir die Vereine zur Teilnahme aufrufen sollen.

Wir haben versucht, die Vereine einzuladen.

Aber der Zeitdruck war für Ehren•amtliche **nicht** mehr machbar.

Darum sind die Verwaltung und die **Leistungs•erbringer** mit ihren Träger•vereinen in der Überzahl.

Die Ergebnisse werden **kein** gutes Beispiel der Beteiligung sein. Sondern ein Mangel der Beteiligung.

Die **digitale Teilnahme** ist und war auch sehr schwierig.

Die angebotenen Möglichkeiten sind leider **nicht** barriere•frei.

Es sollte gut funktionierende **hybride Konferenzen** geben.

Es gibt 3 Themen auf der Tages•ordnung.

Die Themen werden schon in anderen Gremien besprochen.

Ich hoffe, diese Konferenz macht die **Wichtigkeit** der Themen deutlich.

Und schafft für diesen langen Prozess einen Zeit•plan zur Umsetzung.

Wichtig ist die Beschreibung der Ziele.

Und welche Schritte in dieser Amts•zeit zu Ergebnissen führen.

Leistungs•erbringer

sind Personen, die Leistungen erbringen. Zum Beispiel Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

Hybride Konferenzen

sind Veranstaltungen. Dort können Menschen vor Ort und im Internet gleichzeitig teilnehmen. Man spricht das hü•brierte Kon•fe•renz.

Die Schritte sollen **Zwischenziele** für eine inklusive Gesellschaft sein.

Am Ende der Konferenz braucht es **Antworten** auf die Fragen:

- Wo werden Ergebnisse gesammelt?
- Wer ist für die Kontrolle verantwortlich?
- Wann ist die Auswertung?
- Wie werden die Interessenvertretungen auf Dauer und auf Augenhöhe in die Umsetzungen eingebunden?

Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen hat ein **Positionspapier** erarbeitet.

Das Positionspapier soll Teil der Dokumentation der Konferenz sein.

Ich wünsche Ihnen als Teilnehmern viele interessante Diskussionen.

Kapitel 2 Professor Dr. Johannes Schädler

Herr Professor Dr. Schädler ist **Forscher**.

Das macht er schon viele Jahre.

Die **Themen** seiner Forschung sind:

- Teilhabe•politik
- und die Umsetzung der UN-BRK.

Er entwickelt **Konzepte**.

Ein anderes Wort dafür wäre Pläne.

Er berät bei der Umsetzung von Projekten.

Und bei der wissen•schaftlichen Auswertung von Projekten.

Dazu ist er viel unterwegs.

In Städten, Gemeinden, Bundes•ländern und Europa.

Aktuell arbeitet er mit der **ZPE** zusammen.

Die **ZPE** ist das

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste.

Und mit der **Monitoring**-Stelle UN-BRK vom

Deutschen Institut für Menschen•rechte.

Monitoring spricht man: Moni•to•ring.

Ein anderes Wort ist Überwachung.

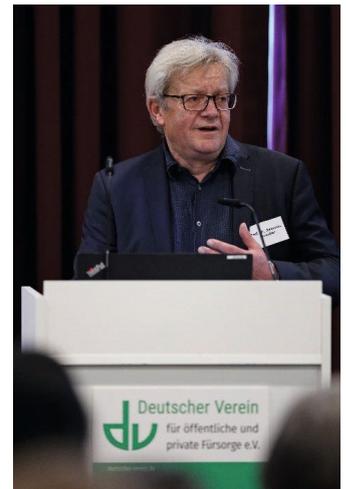
Dabei geht es um die **Inklusion in deutschen Gemeinden**.

Sie sehen sich die Entwicklung in Deutschland an.

Sie schauen, was ist schon passiert.

Sie schreiben das auf.

Mehr dazu auf der Internet•seite: <http://unbrk-kommunal.de>.



Kapitel 2 Vortrag Berlin Inklusiv – Herausforderungen und Chancen von einem gemeinsamen politischen Lernprozess

Der Vortrag mit Diskussion ging 1 Stunde.

Frau Anke Burmeister hat moderiert.

Den Vortrag hielt Herr Professor Dr. Schädler.

Er arbeitet mit dem Zentrum für Planung und
Entwicklung Sozialer Dienste.

Das ist an der Universität Siegen.

Er gab einen **Überblick** über die Lage in Berlin gegeben.

Professor Dr. Schädler sprach über die Herausforderungen
und die Möglichkeiten von dem Berliner Strategieprozess.
Aber auch über das politische Handeln zum Thema Inklusion
ganz allgemein.

Er teilte **Ergebnisse** aus der Forschung.

Die Forschung hat einen schwierigen Namen.

Sie heißt **Implementierungsforschung**.

Dabei forscht man, wie man Ideen gut umsetzen kann.

Und die Umsetzung wird dann ausgewertet.

Professor Dr. Schädler hat von Neuheiten
im Sozialbereich erzählt.

Das zeigte, was für den Erfolg der Strategiekonferenz wichtig ist.

Er erklärte, wer welche Rolle in diesem Prozess hat.

Und was es dafür braucht.

Die Politik muss den Prozess steuern.

Und sie müssen den Prozess mit anderen Beteiligten abstimmen.

Für einen erfolgreichen Prozess braucht man die Vereine,
die Verbände und die Interessenvertreter.

Professor Dr. Schädler nennt die Strategie•konferenz einen gemeinsamen Lern•prozess.

Dabei kann man sich gemeinsam Gedanken über die Umsetzung machen.

Und die Unterstützungs•möglichkeiten neu denken.

Seit 2011 hat sich Berlin gut entwickelt.

Er sprach über die Ziele im **Maßnahmen•plan** von 2020 bis 2025.

Die Ziele dienen der Umsetzung der UN-BRK.

Die Berliner Verwaltung verdient Anerkennung.

Dieser Meinung ist Professor Dr. Schädler.

Die Verwaltung hat Ihre Pläne zur Umsetzung der UN-BRK weiter•verfolgt.

Trotz Probleme und Schwierigkeiten.

Als Beispiel nennt er die starken Strukturen der Berliner Bezirke.

Die Bezirke können mit mehr Gegenwehr reagieren.

Das ist in anderen Städten anders.

Darum braucht es genaue Aufgaben und viel Planung.

Die Politik und die Verwaltung müssen diesen Prozess steuern.

In einem **Maßnahmen•plan** steht was man tun muss um seine Ziele zu erreichen.

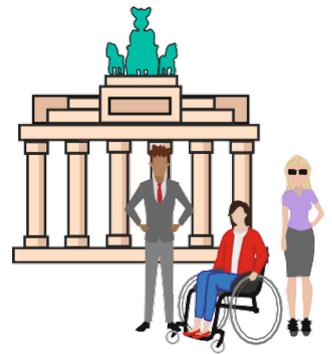


Kapitel 3 Fach•forum 1 Inklusive Lebens•welten

Worum ging es?

Wir wollen an einer neuen gemeinsamen Zukunft arbeiten.
Dabei ging es um Themen wie Wohnen, Freizeit und Beratung.
Zu den Ideen werden 2024 Gesprächen statt•finden.
Daraus entwickelt sich ein Programm.

Ziel ist gemeinsam an einer inklusiven Zukunft
unserer Stadt zu arbeiten.



Was ist der Ist-Stand?

Die Teilnehmer haben in Gruppen gesprochen.
Sie sprachen über ihre Lebens•erfahrungen im Bereich Inklusion.

Es ging um diese **Themen**:

- Digitale Welt,
- Vertretung,
- öffentlicher Raum,
- Freizeit,
- Alltag,
- Politik
- freies Thema.

Es wurde folgende **Fragen** besprochen:

- Wo stehen wir aktuell?
- Was funktioniert?
- Welche Barrieren gibt es?
- Was funktioniert **nicht**?



Schritt 1 Erste Ideen für die Entwicklung einer inklusiven Lebens•welt

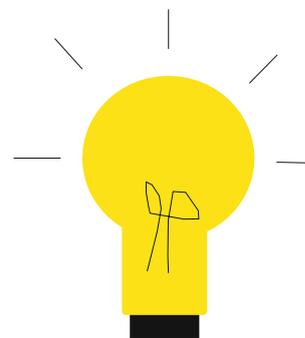
Die Teilnehmer haben wieder in Gruppen gesprochen.

Sie sammelten Ideen und Möglichkeiten für eine inklusive Lebens•welt 2035.

Und sie sammelten erste Ideen und Lösungen für die Entwicklung und Weiter•entwicklung inklusiver Lebens•welten in Berlin.

Im Mittelpunkt stand die Frage:

- Wie sieht eine inklusive Gesellschaft aus?
- Wie sieht eine Welt von Menschen mit Behinderungen **ohne** Barrieren aus?



Schritt 2 Arbeit in Projekt•gruppen

Es wurden wieder Gruppen gebildet.

Die Aufgabe:

Genauere Projekt•ideen zu den Zielen entwickeln.

Dabei sollten die Gruppen diese **Punkte** beachten:

- Was sind mögliche Ziele bis November 2024?
- Was sind mögliche Ziele bis November 2025?
- Welche Netzwerke und Partner gibt es?

Gruppe: Rechte

Die Gruppe sprach über das Recht auf **frei wähl•bares Wohnen**.

Ziel: Inklusiven Wohn•raum schaffen.

Dazu können Wohn•viertel entstehen.

Wichtige Partner sind private und öffentliche Vermieter.

Und die Landes•netzwerke für Bauen.



Gruppe: Haltung

Die Gruppe sprach über wichtige Punkte zum Thema **Haltungs•wechsel**.

Ziele:

Es braucht Unterstützungs•programme, Bewusstseins•bildung und Öffentlichkeits•arbeit.

Standards für Barriere•freiheit müssen Pflicht sein.



Standards sagen,
wie etwas sein soll.

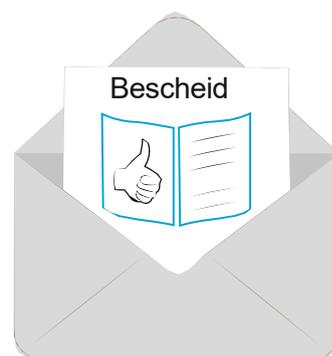
Gruppe: Strukturen

Die Gruppe sprach über die Umsetzung von barrierefreien Bescheiden.

Das ist ein kurzfristiges Ziel sein.

Es könnte ein gemeinsamer, inklusiver Raum für den Austausch entwickelt werden.

Das wäre ein langfristiges Ziel.



Ziel: In 1 bis 2 Jahren einheitliche und barrierefreie Bescheide für Berlin schaffen.

Man muss dafür die Anforderungen prüfen.

Und man kann das Fachwissen von Künstlicher Intelligenz einbeziehen.

Man muss Fragen zum Datenschutz klären.

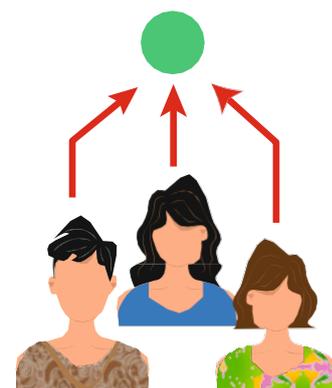
Gruppe: Prozesse

Die Gruppe sprach über ein **einheitliches System** in den Berliner Bezirken.

Wichtig ist dabei das Gesamtplanverfahren und das Teilhabeplanverfahren.

Die **Ideen** aus der Gruppe sind:

- Die Verfahren einfacher gestalten.
- Die Beteiligten sollen an Weiterbildungen teilnehmen. Dort können sie sich austauschen.



Gruppe: Maßnahmen

Die Gruppe sprach über das allgemeine Thema

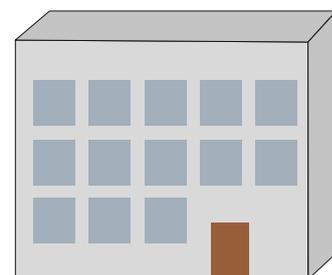
Wohnen für Menschen mit Behinderung.

Wichtig ist die Förderung von inklusiven Wohnvierteln.

Selbstbestimmtes Wohnen muss möglich sein.

Wie auch barrierefreie:

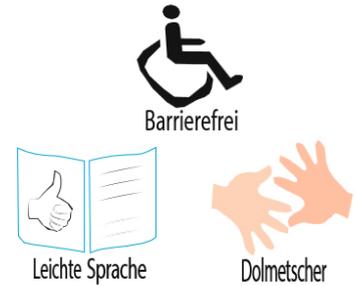
- Arztpraxen,
- Physioeinrichtungen und
- Freizeitangebote,
- Begegnungsräumen zum Beispiel Kieztreffs.



Zusammenfassung

Wichtig für eine inklusive Stadt ist die Herstellung und Umsetzung von **Barrierefreiheit** in allen Bereichen.

Und auch die Barrierefreiheit der Kommunikation.



Wichtig für die Umsetzung von Inklusion ist ein grundlegend **Haltungswandel** und **Kulturwandel**.

Das heißt, dass sich etwas ändern muss.

Das betrifft Menschen auf allen Ebenen

Mittelpunkt für Inklusion ist die Förderung der **Selbstbestimmung** in allen Bereichen.

Das Wunsch- und Wahlrecht hat dabei eine besondere Rolle.

Dafür braucht es passende Angebote, zum Beispiel Assistenz.

Diese müssen gut finanziert werden.

Kapitel 4 Fach•forum 2 Inklusive Arbeits•welt

Worum ging es?

Es ging um die Bereiche Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung.
Gesprochen wurde auch über die Umgestaltung
der Werkstätten für behinderte Menschen.

Das Instrument Budget für Arbeit wurde besprochen.

Es gab dazu ein Beispiel aus der Praxis.

Die Teilnehmer sprachen über die bestehenden Strukturen
und Instrumente.

Und welche Entwicklungen für eine inklusive Ausbildungs•welt
und Arbeits•welt nötig sind.

Zusammen•fassung

Ziel ist die Gestaltung von einem inklusiven, offenen
und zugänglichen Arbeits•markt.

Arbeitgeber brauchen dafür eine gute Beratung
und un•bürokratische Unterstützung.

Sie müssen ein Bewusstsein entwickeln.

Dafür eignen sich **Job•coaches** und Bildungs•begleiter.

Man muss die Zusammen•arbeit fördern.

Dafür muss es eine gute Finanzierung geben.

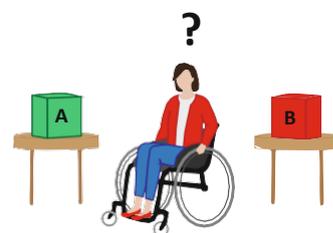
Für einen inklusiven Arbeitsmarkt müssen sich Werkstätten
für behinderte Menschen weiter•entwickeln.

Das **Wunsch- und Wahl•recht** muss gestärkt werden.

Für einen guten Übergang auf den Arbeits•markt
braucht es eine gute Finanzierung.



Job•coaches
spricht man
Job•ko•sches.



Um Menschen mit Behinderung erfolgreich **zu vermitteln**,
braucht es ein gutes Netzwerk vor Ort.

Das Netzwerk besteht aus:

- Werkstätten für behinderte Menschen,
- Reha-Trägern,
- Integrationsfachdienste
- und Wirtschaft und vielen mehr.

Es gibt Angebote für die **Teilhabe am Arbeitsleben**.

Die Angebote müssen stärker gefördert werden.

Zum Beispiel das Budget für Arbeit.

Wichtige Voraussetzungen sind mehr Informationen
und Beratungen.

Auch eine Vereinfachung und Verkürzung der Antragsverfahren.



Der **Übergang von der Schule** in den Beruf muss besser werden.

Dafür braucht es eine bessere Beratungsangebote in Schulen.

Und engere Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern
und Schulen.

Es braucht bessere barrierefreie Informationsvermittlung.

Die Jugendberufsagentur muss stärker einbezogen werden.

Die **berufliche Bildung** in Werkstätten muss sich an

die Voraussetzungen vom allgemeinen Arbeitsmarkt anpassen.

Dann ist der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt leichter.

Ein Beispiel dafür ist die Stelle Kita-Helferinnen in Hamburg.

Es braucht Angebote für Menschen
mit **komplexen Behinderungen**.

Auch diesen Personen soll Teilhabe
am Arbeitsleben möglichen sein.



Kapitel 5 Fachforum 3 Gewaltschutz – vom Konzept zur Anwendung

STOP



Worum ging es?

Wir sprachen über die bestehenden Strukturen vom
Gewaltschutz in der Eingliederungs•hilfe.

Über die **Voraus•setzungen** für einen guten Gewaltschutz.

Und was es für eine inklusive Weiter•entwicklung braucht.

Dabei gab es folgende **Fragen**:

- Wenn wir die aktuellen Herausforderungen beachten.
Und die rechtliche Grundlage.
Wie können wir gut handeln?
Und was sind gute Lösungen?
- Wie können wir Gewaltschutz•konzepte überprüfen?
Wie können wir die Umsetzung sicherstellen?
- Was heißt das für unsere Bereiche?



Experten aus verschiedenen Bereichen und Bundesländern
haben gute Beispiele vorgestellt.

Zusammenfassung

Menschen mit Behinderungen leiden oft unter Gewalt.

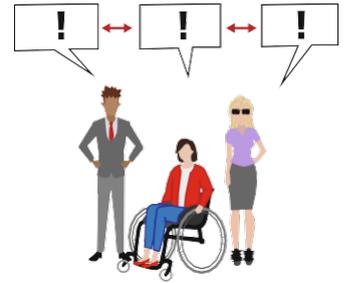
Das betrifft vor allem Frauen mit Behinderungen.

Das ist das Ergebnis einer Studie.

Gewaltschutz ist für alle Bereiche wichtig.

Alle Bereiche müssen sich mit dem Thema befassen.

Jeder muss sich mit den Themen Gewaltschutz befassen.
Und der Vorbeugung von Gewalt.
Auch außerhalb der Eingliederungs•hilfe.



Es braucht eine gute Vernetzung und einen großen Austausch von Wissen an den Schnitt•stellen.
Die Strukturen der Eingliederungs•hilfe und vom Gewaltschutz müssen zusammen•gebracht werden.
Auch über die Bezirks•grenzen hinweg.

Menschen mit Lern•schwierigkeiten erleben Diskriminierung.
Besonders in Straf•verfahren und den Befragungen durch die Polizei.

Mitarbeiter der Eingliederungs•hilfe brauchen Schulungen zum Umgang mit Menschen mit Behinderungen.
Sie müssen lernen, was Menschen mit Behinderung brauchen.
Das betrifft auch Menschen aus Polizei oder Justiz.

Es braucht einen barriere•freien Zugang:

- zu Beratungs•angeboten,
- zu vertraulicher **Spuren•sicherung**,
- zu Empowerment-Angeboten, zum Beispiel Schulungen für Frauen•beauftragte und Werkstatt•räte.
- zur Teilhabe, zum Beispiel bei der Erstellung und Umsetzung von Gewaltschutz•konzepten und im Rahmen der politischen Interessen•vertretung.
- zum Gesundheits•bereich, wie zu Psycho•therapie•angeboten
- und zu Schutz•räumen, wie Frauen•häusern.

Mit **Spuren•sicherung** meint man das Sicherstellen von Beweisen bei Straf•taten.

Für Gewaltschutz•konzepte muss es einheitliche Standards geben.
Die Überprüfung der Standards muss sicher•gestellt werden.
Stichworte sind Personal, Schulungen und Finanzierungen.

Leistungs•träger müssen eine eigene Haltung zum Gewaltschutz entwickeln.

Die **Leistungs•erbringen** müssen sie dabei beraten und unterstützen.

Gewaltschutz muss fester Teil bei der Entwicklung einer Organisation sein.

Es muss ständig daran gearbeitet werden.

Das bedeutet, das Konzept muss ausgewertet, weiter•entwickelt werden.

Die Konzepte müssen angepasst sein.

Sie müssen zu den genauen Umstände, Bedingungen und Mitarbeitern passen.

Gemeint sind die Fachkräfte von einem Dienst, Angebote oder eine Organisation.

Konzepte dürfen **nicht** nur einen Rahmen für Gewaltschutz bilden.

Das reicht **nicht** aus.

Die Arbeits•bedingungen für Frauen•beauftragte und Werkstatt•räte müssen verbessert werden.

Es braucht Schulungen.

Eine Stärkung bei der politischen Interessen•vertretung.

Zum Beispiel durch Freistellung von der Arbeit.

Und es braucht Unterstützungs•angebote.

Schutz•häuser, wie Frauen•häuser müssen barrierefrei sein.

Damit sind die Räumlichkeiten und die Kommunikation gemeint.

Alle Schutz•suchenden mit besonderen Bedarfen brauchen einen Zugang.

Es braucht ein richtiges Maß zwischen der Sicherheit und der Öffnung für andere helfende Personen.

Das muss immer wieder überprüft werden.

Es braucht dazu Personal, Zeit, eine sehr gute Vernetzung und eine gesicherte Finanzierung.

Mit **Leistungs•träger** ist zum Beispiel das Amt gemeint. Ein **Leistungs•erbringen** ist zum Beispiel eine Werkstatt für behinderte Menschen.



Gewalt im digitalen Bereich ist bisher **nicht** gut untersucht.
Das Thema muss in Gewaltschutz•konzepten
berücksichtigt werden.
Die Medien•kompetenz muss gestärkt werden.
Das verhindert Gewalt.



Kapitel 6 Fach•forum 4 Beteiligung in der inklusiven Jugend•hilfe



Einleitung

Es gibt das Kinder- und Jugend•stärkungs•gesetz.
Das soll die inklusive Weiter•entwicklung in der Kinder-
und Jugend•hilfe fördern.
Das Gesetz stärkt die Ein•beziehung von jungen Menschen.
Und ihrer Eltern und Betreuer als Experten.
Dafür braucht es ein gutes Angebot für Beratung,
Aufklärung und Beteiligung.
Das Angebot muss verständlich, nach•vollzieh•bar
und wahrnehm•bar sein.
Junge Menschen, Eltern und Betreuer
sollen sich beteiligen können.

Worum ging es?

Die Gruppe sprach über diese Fragen:

- Was heißt verständlich, nach•vollzieh•bar
und wahrnehm•bar?
- Wie kommen Inhalte gut zu der Ziel•gruppe?
- Wie sollen wir junge Menschen und Eltern ansprechen?



Wir haben verschiedene Sichtweisen gehört.
Wir haben besprochen, wie alle gut mit•machen können.
Für gute Teilhabe braucht es gute Zusammen•arbeit zwischen
jungen Menschen, Eltern und Betreuer und den Fachkräften
aus dem Jugend•amt.

Es gab 3 Gruppen.
Eine Gruppe sprach über die Bedarfe
in der Kinder- und Jugend•hilfe.
Eine Gruppe sprach über die Weitergabe von Informationen.
Und die letzte Gruppe sprach über die Beratungs•angebote.



Zusammenfassung

Gruppe: Bedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe

Es braucht eine **gute Beziehung** zwischen den **berechtigten Personen** und den Leistungs-trägern. Das ist besonders wichtig. Es braucht **Vertrauen** zwischen den Personen. Das Vertrauen kann man in einem **geschützten Raum** schaffen. Der Einsatz von **Peers** ist dabei besonders gut. Peers spricht man Piers. Das sind Personen mit gleichen Erfahrungen.

Es sollte nur **eine** Person im Verfahren dabei sein. Die Person sollte das Vertrauen der berechtigten Person haben.

Die berechtigte Person muss sich beteiligen können. Besonders bei Personen mit einer Lern-schwierigkeit.

Der Unterstützungs-bedarf bei jungen Menschen ist oft hoch. Sie können **nicht** gut sprechen. Oder **gar nicht** sprechen. Oft sprechen andere für sie. Zum Beispiel Eltern oder Betreuer. Es braucht mehr Zeit für die Gespräche. Die jungen Menschen sollen selbst sprechen können. Dafür braucht es Hilfs-mittel.

Eltern und Berater haben gutes Wissen über die Person. Das Wissen soll genutzt werden.



Berechtigte Personen sind junge Menschen, ihre Eltern oder Betreuer.



Gebärden-sprachen

Es braucht Schulungen und Weiterbildungen im Umgang mit jungen Menschen.

Das betrifft Fachkräfte aus:

- der Eingliederungshilfe,
- dem Jugendamt,
- der Schule,
- der Kita
- dem Sozialpädagogischen Zentren.

Es braucht Verständnis und Qualifikationen.

Es braucht eine offene Haltung für andere Lebensweisen.

Das ist den Interessenvertretern wichtig.

Für die Bedarfsermittlung braucht es viel Zeit.

Es sollten mehrere Termine möglich sein.

Dann können alle gut mitmachen.

Die Verwaltung braucht genügend Personal.

Das ist für die Durchführung der Verfahren wichtig.

Eine Idee ist die Nutzung von Medien und neuer Technik.

Stichworte sind Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Das kann dem Personal helfen.

Es braucht ein Bewusstsein für Menschen mit **nicht sichtbaren** Behinderungen.

Zum Beispiel seelische Behinderungen.

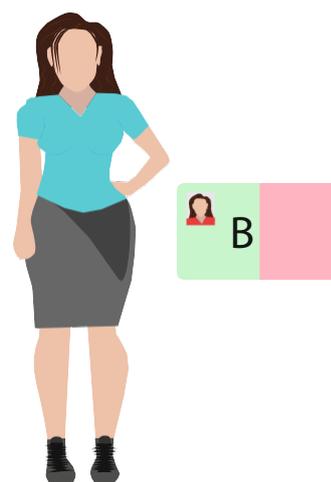
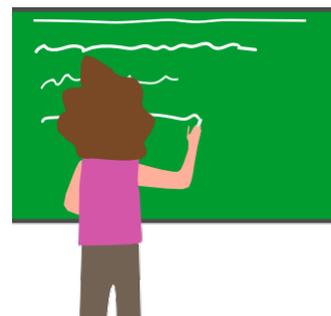
Es braucht auch eine positive Haltung.

Dafür muss es Schulungen und Qualifikationen geben.

Der Leistungsträger hat eine Machtposition gegenüber den berechtigten Personen.

Er muss sich dieser Position bewusst sein.

Er darf diese Position **nicht** missbrauchen.



Alle Verwaltungs•gebäude müssen barrierefrei sein.

Berechtigte Personen brauchen Unterstützungs•angebote.

Dafür braucht es eine barrierefreie Übersicht.

Und einen barrierefreien Zugang.

Die Antrags•verfahren müssen barriere•arm sein.

Gruppe: Weitergabe von Informationen in der Kinder- und Jugend•hilfe

Es braucht Informationen zu Leistungs•angeboten.

Die Informationen müssen immer zugänglich sein.

Die Informationen für berechtigte Personen müssen:

- barrierefrei,
- verständlich,
- lokal
- und nutzer•freundlich sein.

Dabei muss man die verschiedenen Behinderungen berücksichtigen.

Für die Öffentlichkeits•arbeit soll auch Social Media genutzt werden.

Oder andere Funktionen für das Handy.

Diese müssen einfache Sprache anbieten.

Es soll Erklär•filme zu Angeboten geben.

Peers können helfen, Vertrauen aufzubauen.

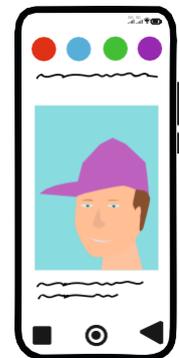
Zum Beispiel die Einzelfall•hilfe muss gut erklärt werden.

Informationen über Leistungs•angebote müssen verständlich sein.

Die Informationen müssen aktuell sein.

Gewünscht wird digitales Angebot für den Jugend•bereich.

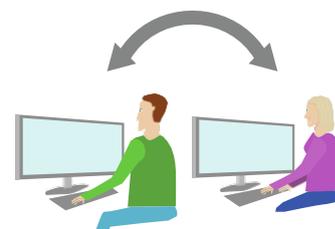
Zum Beispiel wie bei [Lotse e. V.](#) .



Es braucht auch Angebote für Eltern.
Informationen sollen einheitlich sein.
Dafür muss es einen Austausch geben.
Es darf keine unnötigen Hürden geben.

Leistungen sollen aus einer Hand sein.

In Berlin sollen einheitliche Abläufe gefördert werden.
Die Technik in den Ämtern muss einheitlich sein.
Das verhindert Hürden.



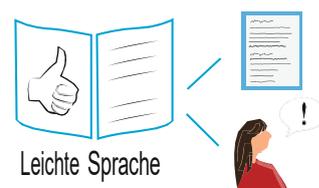
Die Peer-Beratung sollte ausgebaut werden.
Dazu kann es fachliche Begleitung geben.
Die Peer-Beratung wird als sehr hilfreich empfunden.

Die vorhandenen Beratungsstrukturen
müssen besser vernetzt werden.

Gruppe: Beratungsangebote in der Kinder- und Jugendhilfe

Familien mit Kindern mit Behinderungen brauchen gute Angebote.
Die Angebote müssen zu den Bedarfen passen.

Beratungsmöglichkeiten müssen barrierefrei sein.
Es braucht Leichte Sprache mit Bildern in Wort und Schrift.
Die Fachbegriffe und die Sprache muss verständlich sein.



Die Beratungen müssen zu den Bedarfen passen.
Sie müssen persönlich und freundlich sein.
Versprechen aus den Beratungen müssen eingehalten werden.

Beratungen müssen angeboten werden über:

- Flyer,
- Internet
- oder in Gesprächen.

Bescheide müssen verständlich sein.

Sie müssen barrierefrei sein.

Die Familien und Betreuer müssen genügend Zeit haben.

Dann können sie sich gut beteiligen.

Die Prozesse, Verfahren und Zuständigkeiten müssen:

- überschaubar,
- klar
- und verständlich sein.

Die Eltern kennen die Bedarfe ihrer Kinder.

Das Wissen muss in der Beratung an•erkannt werden.

Die Berechtigten und ihre Familien nehmen Angebote war.

Dabei sollen sie Hilfe haben.

Es gibt Hürden für Familien mit Kindern mit Behinderungen.

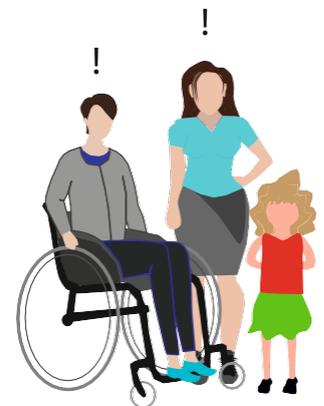
Diese müssen aufgeschrieben werden.

Sie müssen beseitigt werden.

Die Sichtweise der jungen Menschen muss im Mittelpunkt stehen.

Sie sollen bei ihren ersten Entscheidungen unterstützt werden.

Ihre Wünsche sollen respektiert werden.



Kapitel 7 Fonds Soziales Wien

Fonds spricht man Fong.

Der Fonds Soziales Wien heißt kurz FSW.

Er ist zuständig für die sozialen Leistungen in Wien.

Das Angebot umfasst:

Leistungen der Pflege und Betreuung,

- Behinderten•hilfe,
- Wohnungslosen•hilfe,
- Schulden•beratung
- und Grund•versorgung für geflüchtete Menschen.

Der FSW fördert:

- Einrichtungen und Projekte
- und auch bedürftige Menschen direkt.

Der FSW hat rund 142-tausend Kunden pro Jahr.

Und arbeitet mit rund 170 Partner•organisationen.

Der FSW verfügt auch über eigene Einrichtungen und Dienste für soziale Leistungen.

Er hat auch Ausbildungs•zentren und Weiterbildungs•zentren.

Mehr Informationen gibt es auf der Internet•seite

<https://www.fsw.at/>.



Robert Bacher,
Fonds Soziales Wien



Kapitel 7 Vortrag

Gestaltung von Beteiligungsprozessen am Beispiel Wien: Inklusives Wien 2030 – eine Stadt für alle



Der Vortrag mit Diskussion ging 1 Stunde.

Frau Anke Burmeister hat moderiert.

Der Vortrag wurde von Herrn Robert Bacher gehalten.

Er arbeitet beim Fonds Soziales Wien.

Er ist Leiter vom Fachbereich Behindertenarbeit,
Mobilität und Beratung.

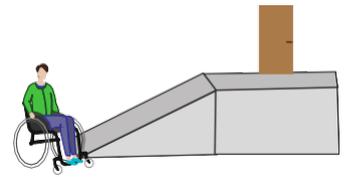
Er hat das Programm

Inklusives Wien 2030 – eine Stadt für alle vorgestellt.

Das ist eine langfristige Strategie für die Weiterentwicklung
der Angebote bis 2030.

Die Angebote sind für Menschen mit Behinderungen.

Herr Bacher betonte die Beteiligung.
Daraus ergeben sich Chancen und Herausforderungen.
Die Beteiligung ist sehr wichtig.
Das hat er bei dem Projekt **Wiener Wege zur Inklusion** erlebt.
Dort wurde gemeinsam mit Menschen
mit Behinderungen gearbeitet.
Man hat neue inklusive Angebote entwickelt.



Die UN-BRK bildet die Grundlage für das neue Projekt
Inklusives Wien 2030.
Die FSW hat damit eine große Entwicklung angestoßen.
An der Entwicklung sollen sich viele Menschen beteiligen.

Das Ziel.
Die Stadt Wien soll noch inklusiver werden.
Die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen
sollen sich weiter verbessern.



Mitgemacht haben:

- viele Menschen mit Behinderungen
- Interessenvertreter
- Träger•einrichtungen der FSW-Behinderten•hilfe
- und verschiedene Unternehmen der Stadt.

Gemeinsam wurde in 12 Themen•bereichen gearbeitet.
Bei den Themen ging es um alle Bereiche vom täglichen Leben.
Es wurden genaue Ziele fest•gelegt.
Und welche Maßnahmen dafür nötig sind.

Herrn Bacher war es wichtig zu sagen, dass Menschen
mit Behinderung im gesamten Prozess mit•gemacht haben.
Sie haben in der Steuerungs•gruppe gearbeitet.
Und sie waren in den Arbeits•gruppen dabei.
Die Arbeits•gruppen haben die Inhalte aus•gearbeitet.



Eine große Beteiligung war der FSW wichtig.
Darum gab es verschiedene Möglichkeiten.
Die Bedarfen der Menschen stand im Mittelpunkt.

Zum Beispiel wurde ein Beteiligungs•koffer entwickelt.
In dem Koffer waren Informationen und Materialien.
Die konnte man bei Gesprächs•runden
und Arbeits•gruppen nutzen.
Den Koffer bekamen rund 350 Einrichtungen
der Behinderten•hilfe der FSW.
So konnten besonders viele Menschen mitmachen.



Herr Bacher sagte, für die Arbeit in den Arbeits•gruppen
gab es viele Voraus•setzungen.
Es wurde vorher genau geplant.
Wer gut in einer Arbeits•gruppe zusammen•arbeitet kann.

Es gab auch eine Gruppe für die Vorbereitung
der Arbeits•gruppen.
Sie haben auch die Menschen mit Behinderungen begleitet.
Es gab eine hohe Beteiligung von Menschen mit Behinderungen
in dem Prozess.



Herr Bacher sprach dann über die Ergebnisse
aus den Arbeits•gruppen.
Über die allgemeinen Ideen.
Über die Ziele für die verschiedenen Bereiche.
Und über Maßnahmen zu den einzelnen Bereichen.
Aus diesen Punkten entsteht eine Strategie.
Diese Strategie wird jetzt aufgeschrieben.
Das nennt man Strategie•papier.



Dann kommt ein politischer Prozess.
Herr Bacher erwartet die Veröffentlichung in Jahr 2024.

Kapitel 7 Abschluss•worte und Ausblick

Herr Aziz Bozkurt ist Staats•sekretär für Soziales.
Seine Abteilung ist die Senats•verwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Anti•diskriminierung.
Er hat die Konferenz beendet.
Und gesagt, wie es weitergeht.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte mich bei Ihnen bedanken.
Ich darf diese Veranstaltung beenden.
Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für Ihre Zeit.
Und für Ihre Gedanken und Mitarbeit.
Wir haben über viele Themen gesprochen.
Wie Inklusion in Berlin sein soll.
Und welche Wege zu diesem Ziel führen.

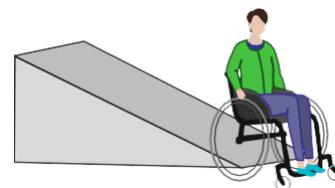
Diese Gespräche müssen der Anfang sein.
Das ist ein wichtiger Prozess.
Das schulden wir allen Beteiligten.

Die Beteiligten sind wir alle.
Es betrifft die gesamte Gesellschaft.
Inklusion kann nur dann funktionieren.
Sie haben viele Konzepte und Ideen entwickelt.
Sie haben die Probleme benannt.
Sie haben uns gezeigt, wo wir handeln müssen.
Es geht um barrierefreie Zugänge:

- zu Bildung,
- zu Arbeit,
- zu Wohnen,
- zu Freizeit
- und zu Beratung.



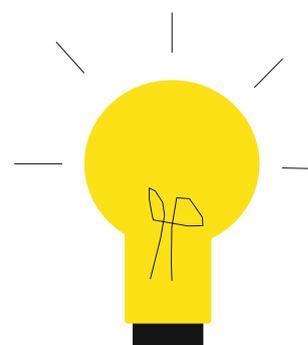
Wir müssen uns alle Bereiche ansehen.
Wir müssen kritisch sein.
Und wir müssen uns weiter•entwickeln.
Wir wissen auch, dass es viele Erfahrungen gibt.



Es gibt viele wichtige Ideen.
Diese Ideen sollen in ein Gesamt•konzept.
Das ist mir besonders wichtig.

Es gibt viele Themen und Bereiche.
Wir brauchen eine gute Antwort.
Dafür müssen wir gut nachdenken.

Das wird schwierig.
Das weiß ich.
Aber ich freue mich auf diesen Prozess.
Und ich freue mich über das Ziel.
Das wir die verschiedenen Bedürfnissen erfüllen können.
Damit wir echte Teilhabe möglich machen.



Wir haben diese Woche mit Kollegen
aus den Werkstätten gesprochen.
Ich habe sie gefragt:
Braucht es Werkstätten in einer perfekten Welt?
Wenn Leistung eine andere Bedeutung hätten.
Und wenn es für jeden Menschen
den perfekten Arbeits•platz geben würde.

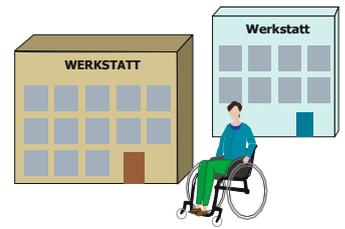
Die Antwort.

Ja, es braucht Werkstätten.

Aber die Werkstätten wären anders.

Es ist wichtig über Ideen zu sprechen.

Und das Ziel im Blick zu haben.



Aber der Prozess der Inklusion ist sehr lang.

Aber er ist auch wichtig und spannend.

Wir wollen den Strategieprozess **Berlin inklusiv 2035**

in dieser Amtszeit aktiv weiterbringen.

Im Mittelpunkt vom Prozess muss der Sichtwechsel stehen.

Der Mensch muss die Wege nutzen.

Er muss die Zugänge und Möglichkeiten nutzen.

Er muss sie **nicht** schaffen.

Diese Aufgabe hat die Gesellschaft, die Politik und die Verwaltung.

Und dem müssen wir gerecht werden.

Da haben wir noch viel zu tun.

Das will ich **nicht** verschweigen.



Ich bin aber auch positiv.

Wir werden Fortschritte machen.

Das hat die Konferenz gezeigt.

Wir werden in Zukunft die Menschen stärken.

Ich freue mich auf unsere gemeinsame Arbeit.

Wir werden eine menschlichere Gesellschaft erreichen.

Und die Probleme lösen.